



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 1999 ist er Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

ROLLE DES STAATES

Wieviel Staat ist gut für uns?

Lord Dahrendorf erkennt zu Recht in den Wahlergebnissen des vergangenen Jahres einen Ruck nach links. In Österreich, Spanien, Italien oder den USA zeigt er sich bereits in Form der neuen Mehrheitsverhältnisse. In den Niederlanden hat sich die Bevölkerung klar für ein Ende der liberalen Reformen ausgesprochen. In Frankreich ist die Sozialistin Ségolène Royal zumindest stimmungsmäßig auf dem Vormarsch. In Großbritannien hat sich der neue Führer der britischen Konservativen, David Cameron, die „weichen“ Themen der Politik zu eigen gemacht. Und in Deutschland versucht der CDU-Ministerpräsident Rüttgers, die SPD links zu überholen.

Nein, es ist nicht die Zeit großer Veränderungen. Es ist die Zeit der großen Versprechungen. Dass sie nicht eingelöst werden können, scheint folgenlos zu bleiben. „Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen“, war gestern. Heute zählt der kurzfristige politische Erfolg. Die langfristigen ökonomischen Kosten werden klein geredet.

Dabei hat sich mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus empirisch eindeutig gezeigt, dass eine Politik der leeren staatlichen Versprechungen ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen eine Politik des Scheiterns ist. Sie riskiert nicht nur einen ökonomischen, sondern auch einen gesellschaftlichen und politischen Verfall. Das weiß gerade eine Bundeskanzlerin, die aus dem Osten Deutschlands kommt.

„Der Staat garantiert Mindestlöhne!“, das

mag sein für jene, die Arbeit haben und trifft den Nerv anderer, die gerade haben erfahren müssen, dass das Nettoeinkommen der privaten Haushalte seit 1991 real um zwei Prozent gesunken sei (wobei allerdings als Folge der kleineren Haushalte seit 1991 pro Person ein realer Einkommenszuwachs von zwei Prozent zu verzeichnen ist). Wen kümmert es hingegen, dass Mindestlöhne mit Sicherheit in Deutschland keine neuen Beschäftigungsverhältnisse schaffen, dafür aber bestehende Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor gefährden?

„Die Renten sind sicher!“, so was kommt gut an in einer alternden Gesellschaft. Sicher, die Renten sind sicher, aber nur für die heute bereits Älteren und Alten, wobei erst noch die Frage des Niveaus zu klären bleibt. Wie viel hingegen werden sich die heutigen Jugendlichen dereinst von den Renten wirklich leisten können, nachdem sie ungefragt von ihren Vorfahren gezwungen wurden, ein Leben lang brav die steigende Beitragslast zu schultern?

Ja, es gibt keine optimale Staatsquote. Die Formel: viel Staat, schwache Wirtschaft greift zu kurz. Theoretisch gibt es, je nachdem mit welcher Regel über die Frage staatlicher Aktivitäten abgestimmt wird, für jedes Land aufgrund seiner historischen Prägung unterschiedliche Ergebnisse. In der Praxis finden sich skandinavische Länder mit hohen und angelsächsische Länder mit geringen Staatsquoten. Die skandinavischen Länder sind deswegen ökonomisch nicht weniger erfolgreich und die Bevölkerung ist eher zufriedener als in den angel-

sächsischen Ländern. In jedem Falle aber hat die Forderung Gültigkeit, dass das, was der Staat machen soll, effizient und ziel führend gemacht werden muss.

Um das vom Sachverständigen Peter Bofinger genannte Beispiel zu erweitern: Wenn die Bürger die Steuern für ein staatliches All-inclusive-Fünf-Sterne-Hotel bezahlen wollen, ist das in Ordnung. Wenn die Bürger aber für ein staatliches All-inclusive-Fünf-Sterne-Hotel bezahlen müssen, aber nur die Leistungen eines Ein-Sterne-Hotels erhalten, ist das sowohl ökonomisch wie auch sozial inakzeptabel. Eine derartige Misswirtschaft hat in der Vergangenheit oft genug ein ökonomisches Desaster hervorgerufen. So zuletzt in den sozialistischen Staaten Osteuropas.

Ja, es ist richtig, Globalisierung, Strukturwandel und wirtschaftlicher Fortschritt schaffen nicht nur Gewinner. Es gibt auch Verlierer, wobei die Gewinne des einen nicht die Verluste des anderen sind. Wirtschaftlicher Fortschritt ist kein Nullsummenspiel. Ja mehr noch: Man kann relativ verlieren und trotzdem absolut gewinnen. So geht es der heutigen Generation in nahezu jeder Dimension besser, als ihren Eltern.

Und trotzdem fühlen sich viele als Verlierer, obschon sie länger, gesünder und ökonomisch besser leben als jede Generation vor ihnen. Sie vergleichen sich jedoch nicht mit ihren Eltern, sondern mit ihrem noch einmal wohlhabenderen Nachbarn. Und deshalb haben sich auch die Ziele verändert: Bei den Eltern von gestern kam Wachstum vor Verteilung. Bei ihren Kindern steht heute Verteilung vor Wachstum. Allerdings steht beim Verteilungsziel

weniger das altruistische Ziel im Vordergrund, dass man selber etwas gibt, damit es anderen besser geht.

Vielmehr dominiert der Egoismus: Verteilung wird als individueller Anspruch an die Gesellschaft zur Wahrung der eigenen Besitzstände formuliert. Die in den letzten Dekaden zu Wohlstand gekommene Bevölkerung traut sich selber nicht die Kraft zu, den zur Taube gewordenen Spatz in der Hand festhalten zu können. In Sorge um die eigene wirtschaftliche Zukunft wird deshalb lieber nach der schützenden Hand des Staates gerufen.

Schon bei Adam Smith war die sichtbare Hand des Staates für die Sicherheit im Innern und Äußern verantwortlich. Nun soll sie auch die materielle Sicherheit gegen künftige Herausforderungen verteidigen. Der unsichtbaren Hand des Marktes wird misstraut, obwohl sie es war, die für den rasant wachsenden Wohlstand der Nationen in den letzten 200 Jahren verantwortlich war.

Und man vergisst, dass es in der Geschichte immer wieder der Staat war, der früher oder später zur raffenden Hand der Mächtigen wurde, die mit mehr oder weniger Gewalt die Staatsangehörigen enteignete. Stellvertretend steht dafür der selbstgefällige Ausspruch des absolutistischen Sonnenkönigs Ludwig XIV: „L'état c'est moi.“

Ja, der Staat hat eine wichtige Umverteilungsaufgabe zu erfüllen. Wer jedoch Gerechtigkeitsfragen zur Leitkultur postuliert, muss zuallererst die Voraussetzungen für eine staatliche Gerechtigkeitspolitik schaffen. Dafür braucht es Menschen, die eigenverantwortlich auf gut funktionierenden

Märkten Güter und Dienstleistungen anbieten, die irgendwo auf der Welt eine zahlungswillige Nachfrage finden müssen.

Je weniger der Staat seiner Bevölkerung vorgibt, wie sie zu leben und zu arbeiten haben, je weniger der Staat befiehlt, was sie tun und unterlassen sollen, je mehr die Gesellschaft auf die individuellen Freiheitsrechte setzt, um so stärker werden Erfinder-, Entdecker- und Unternehmerinstinkte geweckt und um so größer wird der Kuchen, dessen Stücke auch an die Schwächeren der Gesellschaft verteilt werden können.

So wichtig Verteilungsfragen sind, so richtig bleibt es, dass es ineffizient und ungenau und dadurch teuer und unsozial ist, Verteilungsziele mit Eingriffen in das freie Spiel der Märkte erreichen zu wollen. Gerade wem (Um-)Verteilung eine Herzensangelegenheit ist, muss im ersten Schritt für eine möglichst große Verteilungsmasse sorgen.

Das kann nur durch eine strikte Trennung einerseits in eine unverfälschte Primärverteilung auf der Grundlage freier Märkte und andererseits in eine nachrangige Sekundärverteilung auf der Grundlage direkter personenbezogener Eingriffe über Steuern und Transfers gelingen. Es gilt eben auch heute noch, was schon zu Zeiten Ludwig Erhards gültig war: Wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze. Sie lassen sich harmonisch verbinden. Dafür braucht es nicht mehr Staat. Dazu braucht es einen starken Staat, der für mehr Markt sorgt.

Der Beitrag ist am 30. November 2006 in „Die Welt“ erschienen.